

Redebeitrag

Plenum, 15.12.2015
Haushaltsdebatte

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Werte Bürger,
Kolleginnen und Kollegen.

Bei einer Haushaltsdebatte hier im Parlament geht es auch immer um die allgemeine Lage in welcher wir uns befinden, und auch um die Auswirkungen von draußen auf die DG, und es geht auch um das Drumherum.

So haben wir uns gestern über die Wirren eines zum Scheitern verursachten Finanzsystems ausgesprochen, wir haben über die Schulden der DG, die Schulden Belgiens und über den Steuerzahlergedenntag gesprochen, also den Tag an dem die Bürger sich freier fühlen können, und wie wir erfahren durften wird dieser Tag in Belgien am spätesten in ganz Europa gefeiert. Der 6. August, ein Datum welches sich jeder Volksvertreter merken sollte.

Gestern ging es also um die allgemeine missliche Lage in welcher sich der Haushalt der DG befindet, und um dies abzurunden: Ich glaube, dass die Mehrheitsvertreter und die Regierung genau wissen, dass das was die Opposition dazu sagt stimmt!

Man versucht nur und dies kennen wir nur zu Gute – Abzulenken. Aber warten wir mal ab wie es weiter geht.

Heute reden wir über die direkten Auswirkungen des Systems und die Folgen für die Bürger.

Fraktion im PDG V.o.G.

Auch hier empfehle ich, zuerst einmal, sich anzuschauen welche Informationen wir über die Bürger haben.

Gestern sprach ich an, dass Aussagen vom Bürger hier im Hause vielfältig interpretiert werden und man klare Aussagen gerne übersieht und entgegen dem Willen des Bürgers handelt.

So z.B. was die Forderungen nach zusätzlichen Zuständigkeiten angeht, wo der Bürger sich klar dagegen geäußert hat.

Welche Informationen haben wir also vom Bürger was den heutigen Organisationsbereich Gesundheit und Soziales betrifft.

Schauen wir uns hierzu die nationale Gesundheitsumfrage aus dem Jahre 2013 an.

Bei einer Umfrage, die die nationale Gesundheitskommission durchgeführt hat, wurde festgestellt, dass die DG im Vergleich zum Landesdurchschnitt in vielen Punkten schlechter abschneidet, was den Gesundheitszustand der Bevölkerung angeht.

Von den befragten Personen in der DG klagen mehr Männer als im Inland über Rückenschmerzen, Bluthochdruck, erhöhte Cholesterinwerte, Allergien und Arthrose. Bei den Frauen sind es in erster Linie Arthrose, Migräne, Nackenschmerzen, sowie auch genau wie bei den Männern Rückenleiden und Allergien.

Außerdem fand man heraus, dass Schilddrüsenerkrankungen, mit Ausnahme in dem Rest der Provinz Lüttich, viel höher sind, und auch das das subjektive Gesundheitsempfinden in der DG schlechter ist als im Rest des Landes.

24 Prozent der Bürger der DG fühlen sich krank.
Also jeder 4. Bürger klagt über seinen Gesundheitszustand.
Und dies ist mehr als der Landesdurchschnitt.

Übrigens: verschiedene Ausschusskollegen und ich selbst waren überrascht und teilweise erschrocken, als die Studie vorgestellt wurde. Der zuständige Gesundheitsminister war leider krankheitsbedingt abwesend.

Fraktion im PDG V.o.G.

Auch konnte man erfahren, dass mehr als die Hälfte der DG Bürger übergewichtig sind und mehr als 15 Prozent fettleibig.

Herr Antoniadis meinte in der Presse, dass die Studie nicht ganz so repräsentativ sei, da hat er nicht ganz Unrecht.

Trotzdem, meint er, sind diese Resultate ernst zu nehmen.

Und er sprach auch ein neues Präventionsprojekt an, welches im März vorgestellt würde. Da wir sind mal gespannt.

Wenn wir uns weitere Ergebnisse und Studien zum Gesundheitszustand der Bürger anschauen, dann erkennen wir in vielen Bereichen ernstzunehmende Erkenntnisse.

Als Beispiel, ein anderes Gesundheitliches Phänomen: Diabetes.

Bereits vor drei Jahren berichtete der BRF hierüber und titelte:

„Belgien geht einer Diabetes-Epidemie entgegen.“

Die Zahl der Personen, die an Diabetes erkrankt sind, ist innerhalb von zehn Jahren um 70 Prozent angestiegen. Nach Angaben der Christlichen Krankenkasse leiden belgienweit 500.000 Menschen, beziehungsweise jeder 20. Einwohner, unter der Krankheit.

90 Prozent der Diabetiker sind demnach älter als 45 Jahre. Der drastische Anstieg der Erkrankung sei aber in allen Altersgruppen, besonders auch bei Kindern zwischen sieben und zwölf Jahren, feststellbar.

Als Ursachen werden hauptsächlich ungezügelter Essverhalten und chronische Inaktivität durch Bewegungsmangel angesprochen.

Auch steht der Weichmacher Bisphenol, welcher hormonelle Schadstoffe enthält, die zur Entstehung von Fettleibigkeit eine Rolle spielen, in Verdacht Diabetes zu verursachen.

Kollegen und Kolleginnen,

wir sind mitten und direkt in den Zuständigkeiten der DG,
denn wie wir alle wissen, auch wenn ich manchmal den Eindruck habe,
dass verschiedene Mehrheitskollegen dies nicht wissen,
die DG ist seit der sechsten Staatsreform zu einhundert Prozent für
die Gesundheitsprävention zuständig.

Es liegt also in unserem direkten Aufgaben Bereich hier Vorsorge zu betreiben.
Denn die Folgekosten für die Allgemeinheit sind enorm.

Ich hatte im Ausschuss als Jahresthema, vorgeschlagen sich somit vermehrt diesem Thema zu widmen, und dies wurde auch von den meisten so gesehen, denn der Ausschuss IV hat dies mehrheitlich so angenommen und beschlossen.

Es gab diesbezüglich einige Anhörungen, noch ist es aber zu früh ein Fazit zu ziehen.

Die Vivant Fraktion hatte dann hierzu, in diesem Herbst drei Interpellationen eingereicht, und erlauben Sie mir, dass ich nun auf dieses Thema verstärkt eingehe, denn es handelt sich dabei um wichtige Themen und teilweise Erkenntnisse in welchem Bereich wir einen vermehrten Schwerpunkt in der Gesundheitsprävention in der DG legen sollten.

Bei der ersten Interpellation ging es um die Luftverschmutzung durch Feinstaub.

Seit mehr als 7 Jahren wird Belgien von der EU-Kommission ermahnt, da die Grenzwerte für Feinstaub nicht eingehalten werden.

Die Europäische Kommission hat nach mehrjährigen Ermahnungen Belgien im Juni diesen Jahres vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen anhaltend hoher Feinstaubwerte verklagt, da diese eine große Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen.

Sicherlich keine positive Meldung, weder für die Bevölkerung, noch für Tourismusbetriebe, noch für den zuständigen Minister für Gesundheitsprävention.

Auch wenn sich die Luftqualität in den vergangenen Jahren etwas verbessert hat, werden in manchen Gebieten die Zielvorgaben in Belgien nicht eingehalten.

Zwar sind Maßnahmen getroffen worden, doch reichen die Maßnahmen bislang zur Lösung des Problems nicht aus und da die Frist für die Einhaltung der Grenzwerte seit langem abgelaufen ist,

hatte die EU Kommission diesen Fall vor den EU Gerichtshof gebracht.

Wie geht die DG mit diesem Thema um?

Fraktion im PDG V.o.G.

Der zuständige Minister war leider in der entsprechenden Kontrollsitzung krankheitsbedingt abwesend und hat sich von seiner Kollegin vertreten lassen, welche das Problem grundsätzlich ähnlich sah.

Auch haben die beiden anderen Oppositionsparteien Stellung dazu bezogen. Die Mehrheitskollegen hatten in dieser Sitzung zu diesem Thema nichts zu sagen, erstaunlich.

Hierzu einen Vorschlag wie man das Thema angehen und in die Gesundheitsprävention mit einfließen lassen könnte.

Wenn auf dem Gebiet der DG, eine neues Industrieprojekt genehmigt wird, wo eine Feinstaubbelastung zu befürchten ist, dann sollte die Wallonische Region, welche zuständig ist für die Grenzwerte und in den meisten Fällen für die Genehmigung, auch ein Gutachten beim zuständigen Gesundheitsminister anfragen, dies ist aber so nicht vorgesehen.

Was die Auswirkungen für die Umwelt angeht ist man einen Schritt weiter als noch vor zwanzig Jahren und die Auflagen sind strenger geworden.

In der Genehmigungsprozedur ist vorgesehen, dass verschiedene Einrichtungen, wie die Forstverwaltung oder die Verwaltung des Naturparks dazu Stellung beziehen müssen, aber dass man den Gesundheitsaspekt nicht mit einbezieht, ist in unseren Augen nicht zeitgemäß. Und hier sollte man fraktionsübergreifend Versuchen Abhilfe zu schaffen, und die Verantwortlichen über die Notwendigkeit überzeugen.

Allzu oft, haben Behörden bei Industrieanlagen ein Auge zugedrückt und auf die berechtigten Beschwerden der Bürger nicht reagiert.

Und auch hier, nicht die klassische Politik reagiert wenn Probleme auftreten, sondern der Bürger selbst muss reagieren, damit seine Lebens- und Gesundheitsqualität sich nicht weiter verschlechtert oder gefährdet wird. Beispiele in der DG gibt es zu genüge.

Fraktion im PDG V.o.G.

Auch kann man wieder einen Vergleich zu gestern ziehen.

Obwohl wir in Belgien unzählige Gremien, Verwaltungen, Behörden und bekanntlich Minister haben und der Bürger prozentual am meisten Steuern bezahlt, ist man nicht im Stande den Bürger vor Gefahren für seine Gesundheit zu schützen.

Ja in erster Linie ist dies der Fehler der wallonischen Region, aber bevor sie sich zurücklehnen, und sagen sie seien nicht zuständig, Meine Damen und Herren, für die Gesundheitsprävention sind sie zuständig, und hier ist auch ihr Handeln gefragt.

Es kann nicht sein, wie im Ausschuss zu hören war und eine Oppositionskollegin stimmte mir in diesem Punkt zu, dass man erst reagiert wenn hier vor Ort die rote Lampe angeht und die Grenzwerte überschritten werden und dass man dann die Bürger informiert, etwas überspitz gesagt, die Fenster zu schließen und abzuwarten bis der Rauch sich gelegt hat.

Kollegen und Kolleginnen, das ist wieder Politik von gestern und hilft niemanden weiter, nein wir sollten hier reagieren, auch brauchen wir dafür keine neue Mittel.

Wenn alle unnötige Arbeit durch Partei und Koalitionsklüngel und interne Auseinandersetzungen mal beiseitegelegt würde, wenn man hinging anstatt in aufwendigen Broschüren sich selbst zu beweihträuchern und Gelder und Mittel dafür zu verschwenden, dann wären auch mehr Mittel frei, um sich um die wesentliche Belange der Bürger zu kümmern.

Die 15 Prozent Erhöhung welche die Regierung sich selbst gönnt wäre hier viel sinnvoller eingesetzt, um nur ein Beispiel zu nennen.

In der zweiten Interpellation haben wir das Thema Umweltgifte angesprochen.

Kurze Vorgeschichte hierzu:

Die Brüsseler Zeitung „Le Soir“ titelte am 2. Oktober 2015:
„Des bébés „prépollués“ : Vorbelastete Babys.

Fraktion im PDG V.o.G.

« Bien avant que son premier cri soit poussé, bébé est déjà pollué. »
Bevor das Baby seinen ersten Schrei ausstößt ist es bereits vergiftet.

Der Kaleido-Dienst meldete vor einigen Wochen, dass 4,1 Prozent der im Jahr 2012 geborenen Kinder in der DG den bisher höchst gemessenen Wert an extremem Übergewicht aufgewiesen haben.

Nun können die Gründe hierfür vielschichtig sein, und wie bereits mehrfach seitens der Vivant Fraktion erwähnt gilt für uns die Prämisse dass:
„Jeder zuerst einmal selbst für sich und seine Gesundheit verantwortlich ist, und Eltern für die Gesundheit Ihrer Kinder.“

Da wir jedoch hier in der DG für die Gesundheitsprävention zuständig sind, sollten wir dies genauer betrachten und Recherche betreiben.

Schauen wir uns also das Thema Umweltgifte etwas genauer an.
Und da dies ein sehr komplexes Thema ist, haben wir uns in unserer Interpellation insbesondere auf den Weichmacher, welcher in Kunststoffen zu finden ist, Bisphenol A konzentriert.
Und die Problematik insbesondere für Kinder angesprochen.

Hierzu folgendes:
Seit Jahren steht Bisphenol in der Kritik gesundheitsschädlich zu sein und es gab hierzu einige politische Debatten in Frankreich und auch in Belgien. Giftiges BPA ist allgegenwärtig.

Zahlreiche Studien belegen dies und ich möchte Sie bitten überprüfen sie das, beziehungsweise, das sollten Sie überprüfen.

Einige Länder haben sich dieser Debatte gestellt und Maßnahmen ergriffen.

Wobei Frankreich Vorreiter war, und nachdem es dort eine größere Debatte zum Thema BPA (Bisphenol A) gab, haben auch belgische Politiker im Jahr 2011 ein Verbot der Verwendung von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen gefordert.

Die von Philippe Mahoux, ein Vertreter der sozialistischen Partei, eingebrachte Gesetzesvorlage wurde im Jahr 2012 einstimmig vom Senat verabschiedet und seit 2013 ist

Fraktion im PDG V.o.G.

BPA in Lebensmittelverpackungen und -behältern für Kinder bis zu drei Jahren verboten.
Ebenso wurde das Verbot auf Konserven ausgeweitet.

Interessant in der damaligen Debatte war, dass obwohl eine weitergehende Beschränkung auf alle Lebensmittelverpackungen von verschiedenen Abgeordneten gefordert wurde, dies scheiterte.

Unter anderem aufgrund der ablehnenden Haltung der Liberalen.

Die Nähe der Industrie ist hier klar spürbar.

Meine Damen und Herren,

Welche Maßnahmen wurden bezüglich diesem krankmachenden Weichmacher ergriffen?
EU-weit ist BPA seit dem 1. März 2011 in Babyflaschen verboten.

In Belgien gibt es seit 2015 einen neuen gesenkten Grenzwert für Bisphenol A.

Frankreich ging aber noch einen Schritt weiter, als erstes Land Europas verbietet es seit dem 1. Januar 2015 BPA in allen Lebensmittelbehältern angefangen von der Plastikflasche bis hin zur Konservendose.

In einer Stellungnahme des Spitzenverbandes der Lebensmittelwirtschaft BIL, eine Lobbyorganisation der Industrie mit Sitz in Brüssel, beschwert diese sich über die einseitigen Verbote von Bisphenol einiger EU Länder. Wenn man sich dieses Dokument anschaut, erkennt man klar, dass hier versucht wird Druck auf die EU Kommission und auf einzelne Länder zu machen.

Meine Damen und Herren,

auch hier verschließen Sie sich nicht dieser Problematik, Frankreich hat gezeigt, dass wo ein Wille, auch ein Weg ist.

Und selbst ein belgischer Kollege, der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im Senat Herr Philippe Mahoux, übrigens ein gelernter Mediziner, hat die Problematik angesprochen und Gesetzesvorschläge eingereicht.

Also, bitte keine wilden Behauptungen ihrerseits!

Fraktion im PDG V.o.G.

Umweltgifte stellen ein Problem dar und als zuständiger Gesundheitsminister sollten Sie hier eine entsprechende Information und Aufklärungsarbeit für die Bevölkerung der DG leisten. Das ist Ihre Zuständigkeit.

Der amerikanische Professor Gerald Weissmann, Chefredakteur des „The FASEB Journal“, einer Fachzeitschrift für Biologie, Biochemie und Molekularbiologie sagt: „Wahrscheinlich werden wir eines Tages zurückblicken und die Belastung mit Bisphenol als eines der größten Probleme für die öffentliche Gesundheit unserer Zeit erkennen.“

In der dritten Interpellation zum Thema Gesundheitsprävention welche wir eingereicht hatten, ging es um das Gesundheitsrisikos durch schädliche elektromagnetische Strahlen von Mobiltelefonen und WLAN, insbesondere in den Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten der DG.

Auch hier sollten wir einen Blick über die Grenzen wagen und uns anschauen wie andere Länder mit dieser Problematik umgegangen sind.

Bereits im Mai 2009 hat sich der französische Senat nach einer sechswöchigen Untersuchung von Handy- und WLAN-Strahlung aufgrund gesundheitlicher Bedenken dazu entschlossen, den Gebrauch von Mobiltelefonen an Schulen zu thematisieren.

Das französische Parlament hat im Januar 2015 ein Gesetz verabschiedet, welches den Gebrauch von WLAN in Kinderrippen und „Garderie“ d.h. vor allem für Kinder unter 3 Jahren verbietet. In Primarschulen sollen die WLAN-Boxen außerhalb der pädagogischen Aktivitäten ausgeschaltet werden.

In Deutschland hat der Bayerische Landtag im März 2007 die Schulen aufgefordert, auf drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN) zu verzichten. Zu dieser Empfehlung waren die Erkenntnisse des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtags über den „Einfluss des Mobilfunks auf die menschliche Befindlichkeit“ ausschlaggebend. Die Abgeordneten aller Fraktionen kamen zu dem Ergebnis:
Die Reduzierung der Strahlenbelastung in Klassenräumen hat Priorität.

Im Jahr 2009 ging die britische Gesundheitsbehörde (HPA) zwar davon aus, dass es für die Nutzung von WLAN-Geräten „keine konsistenten Befunde für gesundheitliche

Fraktion im PDG V.o.G.

Auswirkungen“ gibt, ihr Vorsitzender jedoch distanzierte sich von dieser Aussage, als er sagte, dass die gesundheitlichen Auswirkungen überprüft werden sollten, besonders vor dem Hintergrund, dass WLAN-Systeme noch größere Gefahren darstellen als Mobilfunkmasten.

Auch der britische Lehrerverband mit über 160.000 Mitgliedern sprach sich für ein Stopp des Ausbaus der WLAN-Netze in den Schulen aus, bis die Risiken für Schüler und Lehrer richtig abgeschätzt werden können.

Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) warnt nach der Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Berichts am 17. September 2007 eindringlich vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung, wie sie beispielsweise durch WLAN-Netzwerke ausgesendet wird:

„Die aktuelle Forschung und die Analyse der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Telekommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Maßnahmen zu treffen, um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder der Strahlung weniger stark auszusetzen“, sagt Jacqueline McGlade, geschäftsführende Direktorin der Europäischen Umweltagentur

Und dies heißt nicht WLAN generell abschalten, sondern Alternativen prüfen. Übrigens ganz aktuell in Hamburg ist man da auch einen Schritt in diese Richtung gegangen. Sollten sie sich mal anschauen.

Wie geht nun der zuständige Gesundheitsminister der DG mit diesem Thema um: In seiner Antwort machte er sich zuerst einmal lustig über die Vivant Fraktion, sprach Beispiele aus der Geschichte zum Thema Fortschritts-Kritik an und verglich uns mit den Amish, einer Glaubensgemeinschaft welche jeden Fortschritt ablehnt.

Also Herr Antoniadis, sagen Sie Ihrem Redenschreiber, anstatt solch einen Humbug zu verbreiten, sollte er sich besser auf das Thema konzentrieren. Sie sind zuständig für Gesundheitsprävention und nicht dafür hier Geschichten zu erzählen.

Für diejenigen die Ihre Tablet, oder den Laptop dabei haben. Googlen Sie mal wie die Amish aussehen, sie werden keine Ähnlichkeiten zu meinem Kollegen und mir feststellen. Auch kommen wir nicht mit der Kutsche hierhin, sondern fahre ganz normale PKW's.

Fraktion im PDG V.o.G.

Also wenn ihr Redenschreiber sich gerne lustig macht, Herr Antoniadis, dann soll er Ihnen eine Büttenrede schreiben und Sie können dann Karneval damit herum geistern, aber bei so einem sensiblen Thema wie die Volksgesundheit sollten Sie etwas mehr Seriosität zeigen.

Das schlimmste wäre, wenn Sie selber diesen Stuss niedergeschrieben hätten. So oder so, das ist Ihre Verantwortung!

Meine Damen und Herren,

die Geschichte und die Problematik von Umweltgiften wie das verbotene DDT oder Asbest haben gezeigt, es wurde nie zu früh ein Verbot ausgesprochen, sondern meist haben die Verantwortlichen in den Regierungen viel zu lange gewartet mit teilweise erschreckenden Folgen für Mensch und Natur.

Zu den ersten beiden Interpellationen gab es seitens der Mehrheitsfraktionen keine inhaltlichen Äußerungen.

Meine Damen und Herren,
ich frage mich des Öfteren, was die Mehrheitsfraktionen mit all ihren Mitteln so machen. Ich erinnere daran, dass man trotz Wahldebakel für zwei Fraktionen, PFF und SP sind bekanntlich für ihr Handeln vom Wähler abgestraft worden, sich selbst die Mittel erhöht hat.

Ja, es ist auch Ihre Aufgabe als Parlamentarier die Regierungsarbeit kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen.

Aber das tun Sie nicht.

Die Regierungsmannschaft hat genügend Mittel und Ressourcen sich selbst zu verteidigen, Sie brauchen nicht ständig deren Thesen zu wiederholen, und deren Arbeit zu beweihräuchern, das schaffen die auch alleine.

Und aufgrund der Nicht-Kontrolle der Regierung verfügen Sie über mehr Zeit als die Opposition.

Fraktion im PDG V.o.G.

Und ich möchte Sie bitten, versuchen Sie nicht diese Fakten und Tatsachen kleinzureden oder wie es die drei Fraktionsvorsitzenden in einem Leserbrief gemacht haben als Verschwörung abzutun.

In diesem Leserbrief wurde auch unsere kritische Haltung zum Thema WLAN Strahlen angesprochen.

Meine Damen und Herren,

hierzu hab ich eine Frage:

Hat das französische Parlament oder alle Fraktionen im Bayerischen Landtag sich denn nur auf Verschwörungen berufen, als sie von ernstzunehmenden Gefahren in Punkto WLAN Strahlen in Schulen sprachen und Maßnahmen ergriffen haben?

Wohl kaum.

Nein, man hat sich sachlich damit auseinandergesetzt und Schlussfolgerungen gezogen zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Kinder.

Und sie sollten dasselbe tun.

Meine Damen und Herren,
wie sie hören und wie zu nachzulesen ist in den entsprechenden Berichten, nimmt die Vivant Fraktion ihre Aufgabe als Oppositionspartei seriös und befragt und interpellierte die Regierung zu ihrem Handeln und ihrem Nichthandeln.

Wo genau Sie Mittel aus dem Haushalt nehmen können, das wissen Sie besser als wir, denn immer noch arbeiten Sie nicht transparent und versuchen gekonnt Zahlen zu verbergen.

Die Kritik richtet sich jetzt an alle Regierungsmitglieder.

Nehmen wir zum Beispiel den Posten: Allgemeine laufende Ausgaben.
Denn darin verstecken sich teilweise sehr hohe Summen.

Dieser Posten, in Fachkreisen 12.11 genannt, zieht sich durch den ganzen Haushalt. Nur alleine für die Regierung und das Ministerium ergibt sich hierbei eine Summe von mehr als 5 Millionen Euro für das Jahr 2015.

Wir haben dies immer wieder angesprochen und nachgefragt eine Einzelaufstellung zu erhalten, auch im Ausschuss, die Bemerkungen hierzu erspar ich Ihnen.

Da wir keine Antwort erhielten, haben wir daraus eine schriftliche Frage an jeden Minister gesendet, die Antwort kam gestern.

Keine Zahlen, ja keine Auswertung, lediglich eine Auflistung der Ausgabenart. Die seitens Herrn Paasch viel versprochene Transparenz, fehlt am Platze.

Liebe Regierungsmitglieder,
wenn Sie die Einzelaufstellungen mit entsprechenden Zahlen nicht veröffentlichen, dann führt dies automatisch zu Spekulationen.

Vielleicht überlegen Sie sich das nochmal und wir sollten am Donnerstag sachlich über die Zahlen und nicht über die Buchstaben reden.

Kolleginnen und Kollegen,

was gilt es im Bereich Prävention zu tun.

Zu aller erst nicht Verbote sollten im Vordergrund stehen, sondern Aufklärung, man sollte den Menschen nichts vorschreiben, dies ist meist der falsche Weg.

Deshalb sollen Aufklärung, Präventionsmaßnahmen und deren Umsetzung im direkten Lebensumfeld angesiedelt werden.

Und dazu gehören z. B. Kindergärten und Schulen, Sportvereine und Senioreneinrichtungen. Wichtig ist dabei auch eine Nachhaltigkeit der Maßnahmen - lokaler, kurzfristiger Aktionismus hat meist keinen nachweislichen Effekt.

Die Eigenverantwortung des Einzelnen ist eine wichtige Grundlage der Prävention.

Nochmals: Jeder ist zuerst einmal selbst für sich und seine Gesundheit verantwortlich!

Was den Arbeits- und Umweltschutz angeht, hat man in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen erfolgreich Prävention betrieben. Nehmen wir das Beispiel. Arbeitsschutzmaßnahmen für Arbeiter in schweren Berufen.

Die Anzahl der gravierenden Unfälle bei Arbeitern ist erheblich zurückgegangen, ja dies kann man als Erfolg von Aufklärung und entsprechenden Schutzmaßnahmen zurückführen.

Aber was die Gesundheitsprävention angeht, da tut sich wenig, obwohl die Zeichen der Zeit klar sind.

Noch nie wurden in Belgien so viele Medikamente verschrieben wie heute. Zahlreiche Erkrankungen wie Krebs oder Diabetes erreichen immer neuer Rekordzahlen, und hier reicht es nicht nur aus in die Früherkennung zu investieren, nein Vorsorge kommt vor der Sorge!

Also worauf warten wir.

Was das Thema Impfen angeht, so möchte ich kurz auf die Wellen reagieren welcher der von uns organisierte Vortrag geschlagen hat.

Ja, es ist ein sensibles und umstrittenes Thema. Aber dies scheut uns nicht es anzugehen.

Und wir sind keine Experten in diesem Thema, und ich möchte mich inhaltlich nicht dazu äußern.

Das Thema wir sicherlich noch öfters auf der Tagesordnung stehen.

Nur so viel.

Es gibt in Belgien nur eine Pflichtimpfung.

Andere Länder gehen seit Jahren andere Wege und verpflichten die Bürger nicht zum Impfen, da dies auch teilweise gegen Verfassungen und Grundgesetze verstößt.

Auch gab es in Belgien hierzu bereits Klagen, welche jedoch abgelehnt wurden.

Der Europäische Gerichtshof sieht dies etwas anders und in Urteilen ist zu erfahren, dass wenn es zu einer Zwangsimpfung kommt, dies nicht mit den Menschenrechten zu vereinbaren ist.

Aber lassen wir das Juristische.

Wir sollten den Bürger die Entscheidung selbst überlassen und keine Vorschriften betreiben.

Dafür benötigt der Bürger aber Informationen, und diese sollten, ja diese dürfen wir ihm nicht vorenthalten.

In einem persönlichen Gespräch, sagte Herr Antoniadis zu mir, dass man nicht offen sei für die seitens der Vivant Fraktion angeregte Pro und Kontra Diskussion, er warf als Argument ein:

Wenn die Menschen etwas Positives und gleichzeitig etwas Negatives hören, dann reagieren sie verstärkt auf die negativen Äußerungen.

Ich antwortete ihm, ich denke schon, dass der Bürger mündig genug ist eine Entscheidung für sich selbst zu finden, aber dazu brauch er nun mal alle Informationen.

Auch sagte er mir, zu dem ersten Referenten dem Arzt Alfons Meyer, hätte er nichts Negatives gefunden.

Herr Alfons Meyer ist seit über 25 Jahren in Wiesbaden als Facharzt für Allgemeinmedizin mit Schwerpunkt Naturheilverfahren und als Notarzt tätig.

Aber anstatt sich mit seinen Recherchen und Untersuchungen auseinanderzusetzen, hat man direkt geschossen, als man Infos über den zweiten Redner gefunden hatte.

Wie jeder Journalist, beschäftigt sich dieser, mit vielen Themen, aber darum ging es an diesem Abend nicht.

Und es ist böswillig wenn jetzt, wie geschehen durch die drei Fraktionsvorsitzenden der Mehrheit in einem Leserbrief, dass diese andere Themen herauspicken, welche nichts mit dem Vortrag zu tun hatten, und sie diese in den Vordergrund stellen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Auch ist die Haltung des zuständigen Gesundheitsministers in dieser Sache vollkommen unredlich.

Und zeigt, dass es nicht um Inhalte geht sondern darum eine Oppositionspartei an den Pranger zu stellen.

Nutzen Sie ihre Zeit und ihre Mittel besser dafür, sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte noch kurz auf die Sozialpolitik eingehen.

Leider kann ich aufgrund der Redezeit nicht tiefer hierauf eingehen.

Gerne hätte ich noch etwas zur verstärkt aufkommenden Armut in der DG gesagt. Und den Ursachen welche auch in unserem destruktiven Geldsystem zu finden sind.

Übrigens, hier ein Gedanke.

Die meisten Fraktionen und generell in ganz Belgien, benutzt man den Begriff:

>>Kampf gegen die Armut.<<

Ich hatte dies auch schon mal im Ausschuss angesprochen, wir empfehlen, hier einen anderen Titel welchen wir gleichzeitig als Aufgabe sehen sollten:

>>**Wohlstand schaffen und nicht Armut bekämpfen**<< sollten wir uns als Aufgabe machen.

Jeder hat ein Recht auf Wohlstand.

Aber auch hier, jeder ist zuerst einmal selbst für sich verantwortlich, und diese Verantwortung sollten wir ihm nicht nehmen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Was die Seniorenpolitik angeht, so hatten wir bereits mehrfach thematisiert dass wir einen Resolutionsvorschlag, bezüglich der Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften auf Ebene der DG einreichen werden.

Dies ist vor einigen Monaten geschehen und ist bereits im Ausschuss und die Beratungen werden Anfang des Jahres beginnen.

Ich freue mich auf die Diskussionen und hoffe auf einen fraktionsübergreifenden Dialog in dieser Sache.

Was die Flüchtlingsproblematik und die entsprechenden Herausforderungen für die DG angeht, so wird ja im Januar dazu eine Themendebatte stattfinden, und die Vivant Fraktion wird dann natürlich entsprechend Stellung beziehen

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.